

Rückenschuss des Gewerbeverbands

Hans-Ulrich Bigler, der freisinnige Direktor des Gewerbeverbands, befürwortet die Durchsetzungsinitiative der SVP - zum Schrecken ihrer bürgerlichen Gegner. Und auch Economiesuisse will sich noch immer nicht finanziell gegen die Initiative engagieren.

Philipp Loser

What would Gabi Huber do? Jetzt kann man es ja sagen: Die ehemalige Fraktionschefin der Freisinnigen war eine furchteinflössende Person. Scharf in der Analyse, schärfer im Ton: Ohne die hubersche Härte wäre die freisinnige Fraktion wohl heute noch ein Potpourri von sich widersprechenden Meinungen. Viel würde man dafür geben, Gabi Huber im Umgang mit Parteikollege Hans-Ulrich Bigler beobachten zu dürfen. Der Direktor des Gewerbeverbands ist noch keine drei Wochen Nationalrat für die FDP und hat es schon geschafft, bei der Durchsetzungsinitiative - einem zentralen Geschäft - die Parteilinie zu verlassen.

Am 28. Februar stimmen wir über die Initiative ab, mit der die SVP ihre 2010 angenommene Ausschaffungsinitiative direkt in die Verfassung schreiben und noch verschärfen möchte. Die bürgerliche Gegenkampagne wird von der FDP angeführt. Nationalrat Kurt Fluri, das rechtsstaatliche Gewissen des Freisinn, ergeht sich jetzt schon in ausgefeilten und etwas trockenen Kommentaren zum Thema; Ständerat Andrea Caroni, die freisinnige Nachwuchskraft in rechtsstaatlichen Fragen, sagt jedem und jeder, für wie gefährlich er die Initiative der SVP hält.

Bigler schert aus

Und Hans-Ulrich Bigler? Der foutiert sich um die Parteilinien. «Der Bundesrat hat es verpasst, die Ausschaffungsinitiative so zu konkretisieren, dass die zentralen Forderungen erfüllt sind», begründet Bigler in der «Schweiz am Sonntag» sein Ja. Damit ist auch die Haltung des Gewerbeverbands geklärt: Man habe die Vorlage diskutiert und gebe keine Empfehlung, weil die Initiative keine Wirtschaftsrelevanz habe. Wie Bigler seine Haltung gegenüber der Fraktion erklärt, sagt er in der «Schweiz am Sonntag» nicht. Für eine Stellungnahme waren weder er noch Ignazio Cassis, der Nachfolger von Huber als Fraktionschef der FDP, zu erreichen.



SVP-Aktivistinnen reichen am 28. Dezember 2012 die Durchsetzungsinitiative bei der Bundeskanzlei ein. Foto: Lukas Lehmann (Keystone)

In anderen Parteien wurde Biglers Ausscheren bereits gestern kritisch beurteilt. «Fassunglos!» hinterlässt die Haltung des Gewerbeverbandsdirektors die CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer, wie sie auf Twitter wissen lässt. Ebenso geschockt ist ihre Parteikollegin Kathy Riklin. «Ich bin entsetzt. Weiss Bigler überhaupt, welche Konsequenzen ein Ja hat?» Dass ein frisch gewählter FDP-Nationalrat einen «derartigen Unsinn» zur bereits verschärften Gesetzesvorlage zur Ausschaffungsinitiative erzähle, sei schon sehr speziell. «Gerade wenn man bedenkt, dass der Freisinn

den Lead in dieser Abstimmungsvorlage hat.»

Unterstützung erhofft sich die FDP dabei vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Dort beurteilt man die Initiative der SVP durchaus als wirtschaftsrelevant. Die Vorlage schade dem Ruf der Schweiz als Wirtschaftsstandort mit hoher Rechtssicherheit, heisst es in der Abstimmungsempfehlung. «Economiesuisse verurteilt die Initiative auch aus europapolitischer Sicht: Die Bestimmungen verletzen das Personenfreizügigkeitsabkommen, was eine Einigung über die Umsetzung der Masseneinwan-

derungsinitiative weiter erschweren und den Erhalt der bilateralen Abkommen zusätzlich gefährden würde.»

Die Worte sind deutlich, doch Taten folgen keine. Bereits Ende vergangener Woche bekräftigte Economiesuisse im TA den Verzicht auf ein finanzielles Engagement, in der «Schweiz am Sonntag» wiederholte es Geschäftsleitungsmitglied Jan Atteslander: Für den Verband stünden in den nächsten Monaten Initiativen im Vordergrund, die die Wirtschaftsinteressen noch direkter tangieren würden, beispielsweise jene zur grünen Wirtschaft von den Grünen.

In der Politik wird das Absteitschreiten der Wirtschaftsverbände im Abstimmungskampf zur Durchsetzungsinitiative schon länger kritisiert. «Die Durchsetzungsinitiative ist für die Wirtschaft die wichtigste der vier Vorlagen am Abstimmungssonntag im Februar», sagte Caroni dem TA am Samstag.

Um diesen Umstand der Wirtschaft noch einmal in aller Klarheit zu verdeutlichen, hat fast der gesamte Ständerat eine aussergewöhnliche und historisch einmalige Aktion initiiert. In einer Erklärung, die von 40 aktuellen und 9 ehemaligen Ratsmitgliedern unterschrieben ist, warnen die Politiker vor einer Annahme der Initiative, weil sie «elementare verfassungsmässige Grundsätze» verletze. Die Bestimmung der Europäischen Menschenrechtskonvention etwa oder das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU.

Zudem würde die Initiative rechtsstaatliche Grundsätze ausser Kraft setzen und die Prinzipien der Gewaltentrennung missachten. «Als Ständeräte sehen wir uns auch als Hüter der Verfassung», sagte Initiator Hans Stöckli (SP) in der «NZZ am Sonntag».

«Jetzt muss etwas gehen»

So eine Initiative habe es noch nie gegeben, erklärt Stöckli dem TA, «darum haben wir zu dieser aussergewöhnlichen Massnahme gegriffen». Die Unterschriften unter dem Text, den Stöckli gemeinsam mit seinen Ratskollegen Thomas Hefti (FDP), Stefan Engler (CVP) und Paul Rechsteiner (SP) erarbeitet hatte, seien im Verlauf eines Vormittages beisammen gewesen. Ausser den ebenfalls angefragten Mitgliedern der SVP und dem parteilosen Thomas Minder hätten alle mitgemacht.

Stöckli versteht den Brief auch als Signal an die Wirtschaft, wo man sich bisher zu wenig mit den Konsequenzen eines möglichen Ja auseinandergesetzt habe. «Das wird noch geschehen, da bin ich optimistisch.» Viel Zeit dafür bleibt allerdings nicht: Die Abstimmung findet bereits in zehn Wochen statt.

Knapper Strom: Elcom-Präsident Carlo Schmid verteidigt Energiekonzerne

Drohen der Schweiz diesen Winter Stromblackouts? Die Überwachungsbehörde mischt sich in den Streit um die Energiesituation ein.

Stefan Häne

Die Debatte ist politisch aufgeladen. Seit die nationale Netzgesellschaft Swissgrid Anfang Dezember vor einer «angespannten Energie- und Netzsituation» diesen Winter gewarnt hat, streiten sich Politiker und Akteure der Strombranche um die Deutungshoheit bei diesem Thema. Befürworter der Atomkraft sehen sich bestätigt: Ohne das AKW Bezau, das wegen Sicherheitsbedenken seit Monaten stillliegt, werde die Versorgungssicherheit anfälliger, warnen sie. Atomgegner wiederum sprechen von Abstimmungspropaganda im Vorfeld der Atomausstiegsinitiative der Grünen Partei, die wohl Ende 2016 zur Abstimmung kommt.

Die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom), welche die Versorgungssicherheit im Strombereich überwacht, beobachtet die Kontroverse mit einer gewissen Besorgnis. Ihr Präsident, der frühere Innerrhoder CVP-Ständerat Carlo Schmid, warnt davor, die Debatte zu verpolitisieren: «Es handelt sich um ein komplexes Problem, das nicht politisch oder zur Sicherung eigener Partikularinteressen, sondern technisch rasch gelöst werden muss.»

Schmid hält es für falsch, nun die Energiewende infrage zu stellen. Ebenso falsch sei es aber auch, die Stromkonzerne anzuprangern. Der Elcom-Präsident spielt damit auf die Tatsache an, dass der Füllungsgrad der Schweizer

Speicherseen im September noch rund 88 Prozent betragen hatte, ehe er bis Mitte Dezember auf 50 Prozent absackte - gut 15 Prozentpunkte mehr als in den Vorjahren.

Der Grund: Die Stromkonzerne haben die Produktion von Speicherstrom stark vorangetrieben und damit die Speicherseen angezapft, weil die Strompreise ab September gestiegen sind, der Handel also lukrativer wurde. Schmid sieht darin keine fahrlässige Strategie, die das Allgemeinwohl ausblendet. Es spricht vielmehr von «Marktkräften, die wirken würden».

«Fast schon beleidigend»

Urteilt die Elcom frei von versteckten Interessen? Die Plattform «Infosperber» kritisiert, bei der Elcom zögen ehemalige Angestellte des Stromkonzerns Alpiq die Fäden, etwa Vizepräsident Antonio Taormina, ehemaliges Mitglied der Alpiq-Geschäftsleitung. Schmid entgegnet: «Wir agieren unabhängig.»

Es sei «fast schon beleidigend», die Integrität dieser vom Bundesrat gewählten Personen infrage zu stellen, nur weil sie früher einmal bei einem Stromkonzern gearbeitet hätten. Zentral für die Wahl der Mitglieder seien ihre Fachkenntnisse und ihre Erfahrung. Es sei unverzichtbar, sagt Schmid, im Elektrizitätsmarkt erfahrene Spezialisten einzubeziehen. «Bei Interessenkonflikten gibt es Ausstandsregeln, die wir jederzeit beachten.»

Die Elcom selber hat wenig Möglichkeiten, in solchen Situationen wie jetzt staatlich zu intervenieren. Zu ihren Hebeln gehören zum Beispiel netz- und versorgungstechnisch begründete Anpassungen der grenzüberschreitenden Transportkapazität. Weiter kann sie Elektrizitätsfirmen verpflichten, von

Swissgrid vorgesehene Massnahmen umzusetzen, die für einen stabilen Netzbetrieb notwendig sind.

So weit ist es allerdings noch nicht. Eine Verbesserung hat Swissgrid auf Empfehlung der Elcom indes bereits eingeleitet: So hat die Netzgesellschaft mit sofortiger Wirkung die Preisobergrenzen für die sogenannte Tertiärregelenergie von 3000 Euro pro Megawattstunde auf 9999 Euro erhöht. Stromunternehmen greifen auf diese von Swissgrid bereitgestellte Energie zurück, wenn sie den Stromfahrplan in ihrem Versorgungsgebiet falsch berechnet haben, also zu wenig Strom eingekauft oder zu



Carlo Schmid
Präsident Elcom und
Alt-CVP-Ständerat

viel Strom aus der Eigenproduktion exportiert haben, um die Nachfrage im eigenen Versorgungsgebiet zu decken. Preise in der Höhe von 10 000 Euro pro Megawattstunde schmäleren laut Elcom-Präsident Schmid nicht bloss den Ertrag. «Sie können geradezu existenzbedrohend sein.»

Wer sich heute bei der Strombeschaffung unvorsichtig verhalte, laufe Gefahr, im Frühling seine Kunden nicht mehr beliefern zu können, da er die Preise für Ausgleichsenergie schlicht nicht bezahlen könne. Mit solchen «marktnahen Massnahmen», ist Schmid überzeugt, lasse sich der drohende Stromengpass verhindern.

Strafverfahren gegen IZRS-Führungsmann

Gegen Naim Cherni, Vorstandsmitglied des Islamischen Zentralrats (IZRS), läuft ein Strafverfahren der Bundesanwaltschaft (BA). Sie wirft dem Mann vor, seine Reise in umkämpfte syrische Gebiete in einem Video propagandistisch dargestellt zu haben. Der Mann habe sich dabei nicht explizit von den Al-Qaida-Aktivitäten in Syrien distanziert, teilte die BA am Samstag mit.

Die Behörde wirft Cherni, der deutscher Staatsangehöriger ist, vor, ein Führungsmittelglied der jihadistischen Dachorganisation Jaish al-Fatah (Armee der Eroberung) interviewt zu haben. Zu dieser gehört laut BA auch der syrische Al-Qaida-Ableger Al-Nusra-Front. Das Strafverfahren gegen Cherni läuft wegen des Verdachts des Verstosses gegen das Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen al-Qaida und Islamischer Staat (IS) sowie verwandter Organisationen.

Zentralrat erklärt sich heute

Der IZRS teilte mit, er nehme das Verfahren gegen eines seiner Mitglieder zur Kenntnis. Aus «betrieblichen Gründen» könne er am Samstag nicht zum Strafverfahren Stellung nehmen. Der IZRS und der Beschuldigte wollen aber heute Montag an einer Medienkonferenz dazu Auskunft geben.

Das Strafverfahren gegen Cherni überrasche ihn nicht, sagt der Schweizer Kriegsreporter und Syrienkenner Kurt Pelda zu Tagesanzeiger.ch/Newsnet. Das IZRS-Vorstandsmitglied transportiere schon länger Gedankengut, das auch in der Schweiz als Nährboden für radikalen Islamismus diene. Pelda spricht sich für ein Verbot der Organisation aus. Noch wichtiger sei aber ein Gesetz, das alle religiösen Vereinigungen zwingt, finanzielle Zuwendungen aus dem Ausland offenzulegen. (SDA/TA)

Nachrichten

Genf

Hoher Sachschaden nach unbewilligter Demonstration

Bei einer unbewilligten Kundgebung in Genf ist es in der Nacht auf Sonntag zu Sachbeschädigungen und Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Die Randalierer zerbrachen Schaufenster und versprayten Hauswände. Zwei Polizisten wurden leicht verletzt. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere Zehntausend Franken, wie ein Polizeisprecher sagte. An der Demonstration, die sich gegen Budgetkürzungen für alternative Kulturlokale richtete, hatten rund 500 Personen teilgenommen. (SDA)

Holpernde Züge

SBB investieren in die Kontrolle des Schienennetzes

Die SBB werden die Räder der Züge künftig häufiger überprüfen und Flachstellen schneller ausmerzen. Als Nebeneffekt wird das Holpern verringert. Geplant sind ein bis vier Überfahrmaschinen, die auf dem Schienennetz installiert werden und die Räder mithilfe neuester Technik während des laufenden Betriebs kontrollieren. Die SBB bestätigten eine entsprechende Meldung der «NZZ am Sonntag». (SDA)

Pflichtlager

Bund geht gegen Engpässe bei Impfstoffen vor

Um Versorgungslücken bei Impfstoffen zu vermeiden, müssen die Hersteller ab Herbst 2016 auf eigene Kosten Reserven lagern. Der Bund zahlt keine Beiträge. Mit den Pflichtlagern will das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) Engpässe beseitigen, wie sie in der Vergangenheit immer wieder auftraten. Wie die «NZZ am Sonntag» berichtet, plant das BWL eine Ergänzung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Arzneimitteln. (TA)